

URGENT ACTION

30 JAHRE HAFT NACH TOTGEBURT

EL SALVADOR

UA-Nr.: UA-098/2017-1 Al-Index: AMR 29/6727/2017 Datum: 13. Juli 2017 – tj

Frau **EVELYN BEATRIZ HERNÁNDEZ CRUZ**
und weitere Frauen und Mädchen aus El Salvador

Seit Monaten vertagen die Abgeordneten El Salvadors eine Debatte über eine Reform des Strafgesetzbuches, die zu einer Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führen könnte. Unterdessen wurde jetzt eine weitere nach einer Vergewaltigung schwanger gewordene Frau aufgrund von Komplikationen während der Schwangerschaft zu 30 Jahren Haft verurteilt.

Am 5. Juli 2017 wurde die 19-jährige Evelyn Beatriz Hernández Cruz wegen Mordes zu 30 Jahren Haft verurteilt. Berichten lokaler Organisationen zufolge hatte Evelyn Hernández ihre Vergewaltigung aus Angst vor möglichen Konsequenzen nicht zur Anzeige gebracht. Nachdem sie zuhause ohnmächtig geworden war, kam sie am 6. April 2016 ins Krankenhaus von Cojutepeque im Norden El Salvadors. Die Wehen hatten eingesetzt, ohne dass sie sich überhaupt bewusst gewesen wäre, dass sie schwanger war. Das Kind kam tot zur Welt. In der Folge zeigte die Klinik Evelyn Hernández an. Dies ist nur der jüngste Fall, der nach dem ungerechten Abtreibungsgesetz El Salvadors verhandelt wird, und unterstreicht, wie dringend notwendig eine Änderung der betreffenden Paragraphen wäre, die derzeit die Menschenrechte von Frauen und Mädchen im Land aufs Größte verletzen.

Seit 1998 sind Schwangerschaftsabbrüche in El Salvador grundsätzlich verboten. Wie im Fall von Evelyn Hernández hat das Verbot dazu geführt, dass zahlreiche Frauen und Mädchen entweder gestorben oder inhaftiert worden sind. Der gesetzliche Rahmen kriminalisiert jede Frau, die sich einem Schwangerschaftsabbruch unterzieht. Zudem schafft er ein Klima des Misstrauens gegenüber Frauen, die generell wenig medizinische Versorgung erhalten, bzw. die bei Notfällen während der Geburt nicht ausreichend medizinische Hilfe erhalten. Der Fall von Evelyn Hernández ist hierfür beispielhaft, denn sie wurde vom Personal des Krankenhauses angezeigt, in das sie aufgenommen worden war. Frauen wie sie, die bei der Geburt Komplikationen erleiden, werden des Mordes in einem besonders schweren Fall angeklagt und zu bis zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt, ein fürchterlicher Schlag für diese Frauen und ihre Familien.

Im Oktober 2016 legte die regierende Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) einen Entwurf für eine Reform des Strafgesetzbuchs vor. Der Vorschlag sieht eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Fällen vor, in denen das Leben der Schwangeren bedroht ist, die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist oder wenn der Fötus außerhalb des Mutterleibes nicht überlebensfähig wäre. Verhandelt wird die Reform in zwei Phasen: zunächst muss sie durch den parlamentarischen Ausschuss (Comisión de Legislación y Puntos Constitucionales) und würde dann von der Gesetzgebenden Versammlung debattiert werden. Die Verurteilung von Evelyn Hernández zeigt erneut, wie dringend notwendig eine Debatte der vorgeschlagenen Reform wäre, die im Ausschuss bisher noch nicht einmal begonnen hat. Dies ist ein entscheidender Moment, um die Gesetzgeber_innen zur Unterstützung eines Reformvorschlages aufzufordern, der die Rechte von Frauen und Mädchen anerkennt, schützt und umsetzen hilft.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Für die Menschenrechte von Frauen in El Salvador stellt das Jahr 1998 ein Wendepunkt dar. In diesem Jahr traf die Regierung eine rückwärtsgewandte Entscheidung. Während restriktive Abtreibungsgesetze in den meisten Ländern der Welt allmählich liberalisiert wurden, beschloss El Salvador ein grundsätzliches Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen. Ein Gesetz, das eine legale Abtreibung in bestimmten Fällen ermöglicht hatte, nämlich wenn das Leben der Frau in Gefahr, die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung oder von Inzest war oder bei schwerwiegenden Behinderungen des Fötus, wurde abgeschafft. Ab diesem Zeitpunkt war Abtreibung in jedem einzelnen Fall ausnahmslos strafbar.

Dabei ist die Sachlage eindeutig. Ein Abtreibungsverbot verringert nicht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, sondern erhöht nur das Risiko für Frauen, bei unqualifizierten, weil illegalen Abtreibungen zu sterben. Die

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Weltgesundheitsorganisation warnt, dass restriktive Abtreibungsgesetze vor allem ärmere und auf dem Land oder in abgelegenen Regionen lebende Frauen und Mädchen der Gefahr unqualifizierter Schwangerschaftsabbrüche aussetzen. Eine grundsätzliche Kriminalisierung von Abtreibungen kann Frauen von Arztbesuchen abhalten und hat eine abschreckende Wirkung auf Ärzt_innen, die dann Angst haben müssen, schwangeren Frauen, deren Leben oder Gesundheit in Gefahr ist bzw. die bei einer illegalen Abtreibung Komplikationen erleiden, medizinische Nothilfe zu leisten.

In jüngster Zeit sind in El Salvador 17 Frauen aus armen und sozial benachteiligten Verhältnissen nach unfairen Verfahren, bei denen die Beweise nicht schlüssig oder schwach waren und die nur auf eine mangelhafte Verteidigung zählen konnten, ungerechterweise inhaftiert worden. Sie alle wurden zunächst wegen Abtreibung angeklagt, weil sie außerhalb von Krankenhäusern Komplikationen bei ihrer Schwangerschaft erlitten. In der Folge wurden sie wegen Mordes zu bis zu 40 Jahren Haft verurteilt. Nähere Informationen (auf Englisch und Spanisch) finden Sie unter: *Separated families, broken ties: Women imprisoned for obstetric emergencies and the impact on their families* (<https://www.amnesty.org/en/documents/amr29/2873/2015/en/>).

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS, TWITTERNACHRICHTEN UND BRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte unterstützen Sie den Gesetzentwurf zur Abschaffung des absoluten Abtreibungsverbots.
- Ich bin in großer Sorge, dass die Rechte von Frauen und Mädchen auf Leben, Gesundheit und Schutz vor Diskriminierung, Folter und anderweitiger Misshandlung weiterhin verletzt werden, falls die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs beibehalten wird.
- Ich fordere Sie auf, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gesetzlich und in der Praxis zu ermöglichen und zwar mindestens dann, wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für das Leben oder die körperliche oder geistige Gesundheit einer Frau oder eines Mädchens darstellt, wenn der Fötus außerhalb des Mutterleibes nicht überleben wird oder wenn die Schwangerschaft eine Folge von Inzest oder Vergewaltigung ist.

APPELLE AN

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES DER GESETZGEBENDEN VERSAMMLUNG (PARLAMENT)

Mario Alberto Tenorio
Presidente de la Comisión de Legislación y Puntos
Constitucionales
(Anrede: Dear Mr. President/ Estimado Sr. / Sehr geehrter
Herr Tenorio
E-Mail: mtenorio@asamblea.gob.sv
Twitter: @mtenoriosv

KOPIEN AN

AMNESTY INTERNATIONAL CENTRAL AMERICA TEAM

E-Mail: equipoca@amnesty.org
BOTSCHAFT DER REPUBLIK EL SALVADOR
I.E. Frau Florencia Eugenia Vilanova de von Oehsen
Joachim-Karnatz-Allee 47
10557 Berlin
Fax: 030-20 64 66 29
E-Mail: embasal@embasalva.de

PRÄSIDENT DER GESETZGEBENDEN VERSAMMLUNG (PARLAMENT)

Guillermo Gallegos
Presidente de la Asamblea Legislativa
(Anrede: Dear Mr. President/ Estimado Sr. / Sehr geehrter
Herr Präsident)
E-Mail: ggallegos@asamblea.gob.sv
Twitter: @GGallegos24

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst **sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch, Spanisch oder auf Deutsch. Aufgrund der beginnenden Sitzungsperiode des Parlaments, bitten wir Sie, möglichst viele Appelle vor dem **24. August 2017** zu versenden.

Weitere Informationen zu **UA-098/2017** (AMR 29/6129/2017, 28. April 2017)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Urging the legislators to support the proposal that ends the total ban on abortion.
- Expressing your profound concern that women and girls in El Salvador are at risk of having their rights to life, health and freedom from discrimination, and from torture and ill-treatment violated if the criminalization of abortion is maintained. Calling on legislators to ensure access to abortion both in law and in practice, at a minimum, in cases where pregnancy poses a risk to the life or the physical or mental health of a pregnant woman or girl, in cases where the foetus will be unable to survive outside the womb, and in cases where the pregnancy is the result of rape or incest.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

